

Volkswacht

für Schlessen und „Eleganter Volkswacht“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“
 wird in jeder Nummer
 und ist durch die
 Expeditionen über den Preis
 und durch den Postweg zu beziehen.
 Preis pro Woche 1.00 Bfg.
 pro Monat 3.00 Bfg.
 pro Vierteljahr 8.00 Bfg.
 pro halbes Jahr 15.00 Bfg.
 pro Jahr 30.00 Bfg.

Bestellungen werden für die
 einjährige Abrechnung oder deren
 Teil für Berlin und Schlessen
 in die Expeditionen
 Poststraße unter Nr. 10 10 10
 in Berlin, in den Provinzen in die
 Expeditionen, in den Provinzen in die
 Familien-Abteilungen in die
 Expeditionen für die Provinzen
 außer bei Postämtern 3 Bfg. in
 der Expedition abgegeben werden.

Verlagsdirektor:
 Geschäftsstelle Nr. 1004.
 Postfach-Nr. 22000.

Verlagsdirektor:
 Redaktion Nr. 1011.
 Postfach-Nr. 22000.

Nr. 10.

Breslau, Donnerstag, den 23. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Sonntag Preußenwahl!

Das vorläufige Resultat.

Das Endergebnis aus den Wahlen zur
 deutschen Nationalversammlung liegt
 nach nichtamtlichen Meldungen folgender-
 maßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen
 mit 421 Abgeordneten haben erhalten:

- Christlich-nationale Volkspartei 84.
- Christliche Volkspartei 84.
- Deutsche Volkspartei 23.
- Deutsche demokratische Partei 77.
- Sozialdemokratische Partei 164.
- Unabhängige Partei 24.

Ferner sind 11 Fraktionenlose gewählt,
 die sich zusammenschließen aus 4 Welsen (3 in
 Hannover, 1 in Stade), 1 Vertreter der
 Bauern- und Landarbeiterdemokraten in
 Schleswig-Holstein, 4 Bayerischen Bauern-
 bündlern und 2 Vertretern des Württem-
 bergischen Bauern- und Bürgerbundes.
 Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Wahlkreis	Sozialdemokraten
Oldenburg	7
Westpreußen	5
Berlin	5
Potsdam	3
Feldmark-Breslau	4
Königsberg u. D.	4
Pommern	4
Polen	2
Breslau	6
Danzig	5
Brandenburg	4
Brandenburg-Anhalt	7
Sachsen-Mecklenburg	1
Sachsen-Anhalt	5
Sachsen-Eisenach	2
Hannover	7
Wahlkreis-Minden	4
Preußen	7
Sachsen-Mark	7
Sachsen-Nachrichten	3
Wahlkreis-Trier	2
Wahlkreis-Oberfeld	3
Wahlkreis-OR	3
Oberbayern	6
Niederbayern	2
Franken	5
Wahlkreis	3
Wahlkreis	7
Wahlkreis	2
Wahlkreis	3
Wahlkreis	7
Wahlkreis	4
Wahlkreis	3
Wahlkreis	5
Wahlkreis	7

Die Zahlen können sich noch um einige
 Mandate verschieben.
 Die Nationalversammlung sollte ur-
 sprünglich in 37 Kreisen mit 433 Abgeord-
 neten gewählt werden. Da aber in Elsaß-
 Lothringen keine Wahlen stattfinden können,
 bleiben nur 36 Kreise mit 421 Abgeord-
 neten. Ob etwa für die besetzten Gebiete
 Polens, in denen nicht gewählt werden
 können, noch nachträglich eine Kürzung der
 Mandatzahl stattfindet, ist ungewiß, aber
 unwahrscheinlich. Die Nationalversammlung
 würde also 421 Abgeordnete zählen und
 die Mehrheit würde also 211 betragen.
 Diese absolute Mehrheit hat die Sozial-
 demokratie nicht erreicht, es fehlen ihr dazu
 ein bis anderthalb Duzend Mandate. Im
 übrigen aber darf die deutsche Sozial-
 demokratie stolz darauf sein, daß fünfzehn
 bis sechzehn Millionen Wähler für sie ge-
 stimmt haben. Sie ist eine wahre Volksp-
 artei; sie ist die Partei des deutschen
 Volkes.

Wahlresultate aus dem Reich.

- Reichstag
- Republikanische Volkspartei 124 334 (2 Sitze)
- Unabhängige 7396 (kein Sitz)
- Christliche Volkspartei 84 180 (1 Sitz)
- Sozialdemokraten 171 036 (2 Sitze)
- Deutsche demokratische Partei 69 175 (1 Sitz)
- Preußen
- Sozialdemokratische Partei 465 550 (7 Sitze)
- Deutsche demokratische Partei 168 028 (2 Sitze)
- Christlich-nationale Volkspartei 120 545 (3 Sitze)
- Deutsche Volkspartei 99 900 (1 Sitz)
- Unabhängige sozialdemokratische Partei 46 722 (kein Sitz)

Der sozialdemokratische Stimmzettel in Mittelschlesien für die Preußenwahl hat folgendes Aussehen

Liste Neukirch-Schölich

Neukirch, Emil, Stadtrat, Breslau.
 Schölich, Gustav, Stadtverordneter, Breslau.
 Eißel, Franz, Bezirksleiter, Waldenburg.
 Philipp, Felix, Gewerkschaftssekretär, Breslau.
 Seibold, Paul, Gewerkschaftsführer, Breslau.
 Müller, Theodor, Parteisekretär, Breslau.
 Lang, Josef, Gewerkschaftssekretär, Langenbielen.
 Lawatsch, Bertha, Ehefrau, Breslau.
 Taubenthaler, Karl, Kassierer, Striegenau.
 Weese, Berthold, Genossenschafts-Sekretär, Breslau.
 Winter, Emil, Buchhändler, Glas.
 Albrecht, Otto, Oberbahnassistent, Breslau.
 Kurbach, Karl, Stellenbesitzer, Postg. Nr. Groß-Bartenberg.
 Köster, Heinrich, Gewerkschaftsbeamter, Breslau.
 Grogner, August, Gewerkschaftssekretär, Breslau.
 Senf, Paul, Geschäftsführer, Breslau.
 Müller, Karl, Zigarrenfabrikant, Streßlen.
 Sezn, Hermann, Dreger, Delitz.

Wer durch irgend einen Zufall keinen Stimmzettel erreicht, kann auf ein gleich
 großes Blatt Schreibpapier die beiden ersten Namen schreiben. Der Rest ist dann
 für die ganze Liste gültig. Alle Wähler vom vorigen Sonntag müssen wieder zur
 Wahl gehen!

Die Arbeit in Weimar.

Weimar, 21. Januar. Wie verlautet, wird
 die erste Sitzung der auf den 6. Februar
 nach Weimar einberufenen Nationalversam-
 lung die Wahl einer provisorischen
 Regierung sein. Hat diese ihr Amt an-
 getreten, dann tritt die Nationalversammlung
 in die Verhandlung der Verfassungs-
 urkunde ein, die voraussichtlich nicht
 von der Regierung einberufen, sondern als
 ein Voranschlag des Reichsrats des Innern der
 Versammlung als Grundlage für ihre Ver-
 handlungen gegeben wird. Mit der Erledigung
 des Verfassungswurdes, für die ungefähr
 der Monat Februar in Aussicht genom-
 men ist, ist der erste Abschnitt der Arbeit der
 Versammlung getan. Diese Arbeit wird sich
 weniger in Volltagungen wie in Kommit-
 teensitzungen abspielen.
 Der zweite Tagungsabschnitt dürfte sich
 mit den Friedensverhandlungen befassen, die
 schon vor Monat Juni zu Verhandlung
 kommen werden. Die Finanzfragen werden
 wohl als Anhang behandelt werden müssen.
 Es ist in Aussicht genommen worden, eine
 abschließende Tagung der Nationalversamm-
 lung und der preussischen Landesversammlung zu
 veranstalten und die letztere erst dann zu-
 sammenzurufen, nachdem der erste Tagungsab-
 schnitt der Nationalversammlung erledigt ist.

Die Lebensmittelzufuhr.

London, 21. Januar. Neuter meldet, daß in
 zwei bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter
 der Kontrolle der Alliierten wieder auf See
 fahren, um hauptsächlich den früheren Feinden
 der Alliierten Lebensmittel zuzuführen.
 Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit
 als auch der öffentlichen Ordnung, daß be-
 stimmten besetzten Gebieten und den feindlichen
 Ländern baldige Hilfe gebracht würde. Die
 vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebens-
 mittel- und Schiffskommission habe sich vor-
 kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der
 deutschen Abordnung, bei der sich auch Regie-
 rungsbeamte und Vertreter der Schifffahrt be-
 fanden, zusammengetreten sei. Wegen des
 nicht geordneten Zustandes in Deutschland seien
 die Lieferungen der Alliierten im Zweifel ge-
 wesen, ob irgend eine stabile Autorität vorhanden
 sei, um das Lebensmittelverbot verbindlich abzu-
 schließen, aber die deutschen Delegierten hätten
 beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sind,
 bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei
 beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche
 Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen,
 Getreide und sonstige Nahrungsmittel kaufen und
 transportieren darf.

Die Konferenz in Lier sei als erste Gelegen-
 heit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit
 Kriegsbeginn in Verhandlungen getreten seien,
 bemerkenswert gewesen.

Schiffe für Lebensmittel.

Hamburg, 22. Januar. Der B. Hebraustraße
 Eber hat namens der Reichsregierung auf die
 Proteste der Hamburger Handelskammer und
 anderer sowie der Seevereinigung folgende
 Antwort erteilt:
 Auf das Telegramm gegen die Auslieferung
 der Handelsflotte wird erwidert, daß der Besatz
 von Nahrungsmitteln aus Entente-
 ländern unzähllich ist. In dieser Voraussetzung
 war Ablieferung der Flottenflottebedingung
 nicht möglich. Eine Besprechung mit den Ver-
 tretern der Seevereinigung findet am 23. Januar
 statt.

Zur Friedenskonferenz.

Berlin, 22. Januar. Aus Paris wird ge-
 meldet: Präsident Wilson hat nunmehr seine
 Denkschrift über den Völkerverbund
 vollendet, die er der Friedenskonferenz vorlegen
 wird. Deutschland und Rußland sollen sich dann
 als Mitglieder in den Fund aufnehmen wer-
 den, sobald die politischen Zustände in diesen
 Ländern die erforderliche Stabilität erreicht
 haben.

Schlesischer Geeresbericht.

Breslau, 22. Januar. Ein Heberial voll-
 ständiger Verband auf Gut Reimersdorf wurde
 vorstellt. Derzeitige Lage wurde ein Vorbehalt der
 Polen gegen die Heberial durch Heberial ab-
 gewiesen. Generalkommando A. Armeekorps.
 Breslau, 22. Januar. (Mittlich) Südlich
 von Breslau wurden Steinbrunn, der Präsiden-
 tenhof und Glatz von uns besetzt. Erfundungs-
 abteilungen fanden Hl. Bruchhölzer und
 Stroh auf dem Gelände.

Der Preußenkampf.

Die Wahlen zur preussischen National-
 versammlung finden am nächsten Sonntag
 statt. Da der Entwurf der deutschen
 Reichsverfassung, dessen Inhalt wir in der
 Volkswacht schon wiedergaben, eine Zer-
 legung Preußens in Aussicht nimmt,
 dürfte die preussische Nationalversammlung
 nur ein Übergangshaus werden; an ihre
 Stelle werden die Nationalversammlungen
 der auf preussischem Gebiet zu bildenden
 Staaten treten, die dann ihre Vertretung
 im Rahmen der Reichsverfassung zu regeln
 haben werden.

Die gewaltige Bedeutung der preußi-
 schen Nationalversammlung besteht darin,
 daß sie berufen sein wird, diesen not-
 wendigen Uebernahmeprojekt so reibungslos
 wie möglich zu gestalten. Dazu bedarf sie
 einer Mehrheit, die fest auf dem Boden
 der Republik und der Demokratie steht
 und preussisch-patriarchalischen Einflüsse
 ungenügend ist. Eine Ueber-
 rumpelung durch die reaktionären so-
 genannten „Volksparteien“ wäre für das
 Ganze die schwersten Erschütterungen zur
 Folge haben.

Es muß darum dafür gesorgt wer-
 den, daß die Sozialdemokratie in
 der preussischen Nationalversamm-
 lung noch stärker wird als in der
 deutschen Nationalversammlung. Die
 Genossinnen und Genossen müssen deshalb
 sich an die Arbeit machen, um am nächsten
 Sonntag womöglich noch ein noch besseres
 Ergebnis zu erzielen, als es am vergange-
 nen erzielt worden ist.

Die Demokratie muß sich daran
 gewöhnen, sich öfters zu versammeln und Ab-
 stimmungen zu verabschieden, was unter
 dem alten Obrigkeitsstaat nicht war.
 Die besten Aussichten hat dann die Partei,
 die den längsten Atem hat, deren Anhänger
 nicht treueste und gewissenhaft ihren staats-
 bürgerlichen Pflichten nachkommen. Weniger
 denn je darf also die sozialdemokratische
 Partei ein isolier Haus sein, der sich nur
 ab und zu in längerer Zeit unter einer
 gemeinsamen Parole vereinigt, um dann
 wieder auseinanderzuliegen. Wir müssen
 jetzt zusammenbleiben, und der nächste
 Sonntag muß uns wieder an der Arbeit
 sehen!

Am Sonntag, den 26. Januar, wird in
 denselben Lokalen in der gleichen Zeit von
 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gewählt.
 Die Stimmzettel haben das gleiche Format
 und beginnen mit den Namen Neukirch
 und Schölich. Sächsisch, Bayern,
 Sachsen, Württemberg, die am vorigen
 Sonntag gewählt haben, sind auch am
 26. Januar wohl überredigt und müssen alle
 erscheinen, wo der Aufruf der Wahl jener
 vom vorigen Sonntag gleichen.

Das Volk beginnt erst, sein Recht aus-
 zuüben. Es wird in diesem Jahre noch
 den Präsidenten der deutschen Republik
 und neue Gemeindevertretungen in Stadt
 und Land zu wählen haben. Und wenn
 die Nationalversammlung ihr Werk voll-
 endet, nämlich die Grundgesetze des Staates
 beschließen hat, dann ist der erste ordent-
 liche Reichstag zu wählen, der die lauten-
 den Geschäfte erledigt und die großen
 wirtschaftlichen Reformgesetze beschließt.
 Vorläufig aber heißt es die zweite Schlacht
 zu führen und für Stadt und Land unsere
 die Parole

am Sonntag noch einmal zur Wahl!

Breslauer Nachrichten.

Freitag, den 23. Januar.

Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlung

bei Reibe, Sobelwitzstraße 23.

Redner: Parteileiter Theodor Müller.

Arbeitslose Parteimitglieder

Können sich zur Wahlzeit am 26. Januar schon vorher im Wahlbureau „Gewerkschaftshaus“, Willardzimmer, melden.

Selber herbei!

In einigen Distrikten konnten gestern die Flugblätter noch nicht zur Verteilung aufgegeben werden. Die Nachträge vom Lande nach Flugblättern und Stimmzetteln war nämlich so stark geworden, daß die für Breslau berechneten Bestände angegriffen werden mußten. Das Land geht in jedem Falle vor, wir Breslauer können die Arbeit auch heute leisten, nachdem die nötigen Flugblätter noch gedruckt sind. Niemand lasse es sich deshalb verdrießen, wenn er gestern amsonst im Distriktsbüro war, sondern gehe heute wieder hin.

Gang Breslau muß belegt werden. Alle, ob Mann oder Frau, müssen helfen!

Gesicht haben die Flugblätter in den Distrikten 13, 14, 15, 16a, 16b, 17, 17a, 18, 19 und Gräbchen.

Die Wahlhelfer in diesen Distrikten treffen sich daher heute (Donnerstag) von 8 Uhr ab in ihren Distriktsbüros:

- Distrikt 13: Herrmann, Kniellenthol 13.
14: Goull, Königsdorferstraße 10.
15: Gewerkschaftshaus.
16a: Schälude, Tausenpferstraße 22.
16b: Rantke, Gubenstraße 50.
17: Mandel, Bahnhofsstraße 70.
17a: Brandt, Neubauerstraße 98.
18: Schulz, Heubergstraße 17.
19: Treiber, Reperberg 17.
20: Kunze, Neue Weltgasse 14.
Gräbchen: Reischl, Hennigstraße 12.

Alle Soldaten

Allein für Sonntag ihr Wahlrecht sichern, indem sie sich die zum Wählen nötige Bescheinigung ausstellen lassen.

Alle sind wahlberechtigt.

Bei der Wahl am Sonntag sind nicht nur die bisherigen Staatsangehörigen Preussens, sondern alle wahlberechtigt, die in der Wahllokale stehen. Die Wahllokale sind aber die gleiche als die zur deutschen Nationalversammlung. Es können also auch die Angehörigen aller anderen deutschen Staaten an der Wahl teilnehmen. Im neuen Deutschland zählt jeder Deutsche zu dem Staate, wo er wohnt und gewohnt hat alle Rechte.

Kaufmann bei Linde-Weinmann.

Der Verband schlesischer Metallindustrieller hatte der Arbeiterzeitung eine Forderung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse für Anfang dieses Jahres angedeutet. Die im Transportarbeiter- und im Fabrikarbeiterverbande organisierten ungelerten Arbeiter der Linde-Weinmann-Werke planteten, in diesen neuen Abmachungen nicht genügend bedacht worden zu sein, und hatten vor einiger Zeit eine Betriebsversammlung abgehalten, in der man eine Kommission wählte, die einen Lohnvertrag als Nachtrag ausarbeiten und mit der Direktion in Ausdrucksverhandlungen treten sollte. Ohne aber die Verhandlungen abzuwarten, traten die angeleiteten Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes am Dienstag vormittag in den Streik. Hierdurch sind eine große Anzahl anderer Arbeiter im Werke in Mitleidenschaft gezogen und unfähig zur Arbeit geworden. Am Mittwoch vormittag hielten die in den Ausnahmestrittenen Transportarbeiter und die von dem Streik in Mitleidenschaft gezogenen, mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen eine Betriebsversammlung im Schieferverder. Alle anwesenden Gewerkschaftsführer verurteilten die schlesische Handlung als eine sehr betrübliche Arbeitslosigkeit in Breslau hin; die Zahl der Arbeitslosen zählte heute schon über 13.000. Die Gewerkschaftsführer riefen einbringlich, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und die bereits angeleiteten Verhandlungen mit dem Verbande schlesischer Metallindustrieller zunächst abzuwarten. Die Versammlung forderte schließlich unter Beifall aller sonstigen Zuschauenden einen Stundenlohn von 1,50 Mark für die ungelerten Arbeiter.

Seitern nachmittags brach die Lohnkommission unter Leitung der Verbände in den Konferenzräumen der Stahlwerke unter dem Verbande der Metallindustriellen. Nur vor 11 Uhr nachts erreichte die Sitzung ihr Ende. Die Direktion war bereit, die im Tarif vorgesehene Bedienungslöhne zu genehmigen und außerdem 25-40 Prozent Aufschlag auf die bestehenden Lohnsätze zu gewähren. Die Lohnkommission erklärte sich bereit, diese Angelegenheiten in einer heute Donnerstag vormittag im „Schieferverder“ abgehaltenen Versammlung mit dem Verbande abzuwarten.

Weitere Beschränkung des Bahnverkehrs.

Die Eisenbahn-Direktion Breslau teilt mit: Von Donnerstag, den 23. Januar, an fallen die Samstagszüge D 5 und L 8 zwischen Berlin Stadtbahn und Breslau Hauptbahnhof bis Obereschlitz, sowie D 119 und 120 zwischen Grotz, Stegnitz, Breslau Hauptbahnhof und weitere Einschränkungen treten wahrscheinlich am Montag, den 27. Januar, ein.

Einstellungszwang

für Schwerbeschädigte.

Als eine Maßnahme von großer sozialer Bedeutung im Interesse des Kriegsschädigten steht sich eine Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung vom 9. Januar 1919 dar, die den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte betrifft.

Nachdem bereits auf Grund einer vorbereitenden Verordnung vom 4. Januar Schwererkrankte bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Regelung des Beschäftigungszwanges der Schwerbeschädigten nicht entlassen werden dürfen, sieht die neue gesetzliche Regelung im § 1 der Verordnung vom 9. Januar vor, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureau und Verwaltungen verpflichtet sind, auf je hundert insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. In der Randnote 1:50. Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind alle Personen, die auf Grund der Mannschafftsverpflichtungsgesetzes vom 31. Mai 1906 wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen. Die Durchführung der Vorschriften über die Beschäftigung Schwerbeschädigter soll von den Demobilisierungskommissionen oder von den die allgemeine Dienstaufsicht ausübenden Behörden im Benehmen mit den Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsschädigtenfürsorge ständig überwacht werden. Schwerbeschädigte dürfen nur nach Anhörung der bestehenden Arbeitnehmervereine und nur nach Innehaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen werden.

Verbale Arbeit, die sich schuldhaft dem Einstellungszwang entziehen, können mit einer Buße bis zu 10.000 Mark belegt werden.

Hilfe für die Erwerbslosen.

Wie uns vom Rat der Erwerbslosen mitgeteilt wird, beginnen nunmehr die Verhandlungen mit den maßgebenden Körperschaften und Behörden ihre Früchte zu zeitigen.

Die Herren Grafen v. Schneidow, Klimke und Kapf sind vom Ratrat beauftragt worden, an den Sitzungen der Erwerbslosenräte teilzunehmen, während die Herren Schulz und Klimke noch außerdem zu Mitglieder des Demobilisationsausschusses ernannt worden sind. Das Bureau des Erwerbslosenrats befindet sich Gartenstraße 5, Zimmer 61.

An der Sitzung am 21. Januar, die der Demobilisationsausschuss gemeinsam mit den oben erwähnten Herren der Erwerbslosen-Deputation abhielt, wurden Verhandlungen beraten und beschlossen, die schon morgen in Kraft treten sollen und in großem Maße eine Besserung des Loses der Erwerbslosen anstreben.

Zunächst werden alle Personen ohne Rücksicht auf Geschlecht sofort entlassen, die während des Krieges in Stellungen bei Behörden und gekommen sind, soweit sie nicht bedürftig sind. Sie werden durch Erwerbslose ersetzt. Eine zweite Verfügung verbietet den Arbeitgebern des Jahres von offenen Stellen in den Tagesstellungen, wenn nicht vorher beim Arbeitsnachweis angefragt ist und dort keine Arbeitskräfte des betreffenden Berufes vorhanden sind. Dadurch soll vermieden werden, daß Arbeit er aus anderen Städten nach Breslau gezogen kommen und die schon schwierige Lage der Erwerbslosen dadurch noch verschlimmert wird. Die Parole muß lauten: Breslau den Breslowern.

Mit dem heutigen Tage wird die Arbeit der Kriegsfangenen aufgehoben und auch die besonders auf dem Lande Arbeitsmöglichkeit geboten.

Au der wichtigsten Anordnung muß aber erst die Genehmigung der Staatsregierung eingeholt werden. Diese soll lauten, daß alle Erwerbslosen, die nicht Breslauer sind und sich hier aufhalten, ohne hier anständig zu sein, in ihre Heimatorte abgehoben werden.

Als besonders wichtig ist auch die Frage der Rotenarbeit zu betrachten. Bei der Strombauverwaltung sollen solche sobald als möglich angestellt werden. Ferner sollen Schulhäuser, die mit Militär belegt waren, sobald renoviert werden. In bankenweiser Weise arbeiten Magistrat, Volkstat und Erwerbslosenrat zusammen.

Unso wirtwärtlicher ist das gemeingefährliche Treiben parteiständiger und kommunistischer Elemente, die die Masse der Erwerbslosen zu Gewalttätigkeiten aufhetzen, um Krawalle und Stölkämpfe zu veranstalten. Diefem Treiben soll ganz energisch entgegengetreten werden, wenn es sein muß, mit schärfster Gewalt. Die Berliner Ereignisse haben gezeigt, daß es bitter ist, beizutreten zu greifen, um nicht zuviel Schaden zu vermeiden, und nicht einmal aus Breslau kommt, ungeschädigt zu machen. Solche Leute werden die ganze Strenge des Gesetzes zu spüren bekommen. Andererseits kann aber an die maßgebende Behörde nicht oft genug die Mahnung gerichtet werden: Ein tut not.

Freitag, nachmittags 3 Uhr, findet eine Versammlung der Erwerbslosen in der Wilhelmstraße, Reperberg 66, statt, in der der Erwerbslosenrat über seine Tätigkeit berichten wird.

Alle Kamellen.

Es fehlt die größten Schamerländer über die Wirtwärtler der Revolution als „Kamerellen“ nicht ausgereicht haben, um den glänzenden Sieg der Sozialdemokratie zu verankern, sucht das Zentrum die vermeintlichen Vorwürfe von anno dazumal heraus und läßt der Sozialdemokratie vor daß sie — 1880 und 1883 — also vor 35-40 Jahren, gegen dies oder jenes Gesetz stimmte. Es sind die bekannten Verleumdungen, die die Sozialdemokraten selbst bezeugt haben und die auch Bismarck auf die Sozialdemokraten zurückführt, die aber zunächst so verschleiert wurden, daß unsere Partei sie ablesen mußte. Als sie dann veröffentlicht wurden, hat die Sozialdemokratie dafür gesorgt. Die Zentrumskamellen wollten den Armen zunächst immer nur die Praxamen hinwerfen, die von der Reichen Tisch stelen und das ließen sich die Sozialdemokraten natürlich nicht gefallen. Deshalb kümmerten sie gegen Verteilung und verlangten eine anständige Arbeiterversicherung.

Sozialdemokratie und Volksschullehrer.

Die überaus traurigen Folgen, die der Krieg für die jungen, noch nicht sehr angehenden Lehrer, die mit sozialer Begeisterung eintraten, gezeitigt hat, passen sich würdig dem Rahmen der Geschichte der preussischen Volksschule an, die Clausenier (einmal ein hervorragender Führer der Lehrerschaft) so treffend als „Leben in Geschichte der preussischen Volksschule“ herausgab. Wäre das Schicksal dieser jungen Kollegen das letzte raurige Kapitel sein! Was die Lehrerverbände für sie tun konnten, ist geschehen. Leider konnten es nur Eingaben an die Behörden und Ratsschlüsse für die Kriegsteilnehmer sein. Es ist auch an dieser Stelle hervorzuheben auf die Beratungsstelle des Lehrervereins Breslau-Land (Zuschriften mit Adressen an Lehrer Baezel, Steine, Kreis Breslau). Die Bitterkeit des Gedenkens einer früheren Zukunft, kann ich nur zu sehr verstehen, aber nicht, daß er sich einjam befindet. Zwischen der großen Dürftigkeit seiner alten (sonstigen) Amtsbücher, die durch jahrelange Bedrückung bewußte oder unbewußte Automaten geworden, heute noch unter den suggestiven Nachwirkungen des alten Systems leben. Wohl mag mancher, müde geworden durch den Kampf, endlich die Ideale seiner Jugend vergessen hat, aber die Verleumdung eines des Vertrauens würdigen Kollegen ist auch und allem Schritt gehalten mit allem Fortschritt und Leben der Ideen der Zukunft geistig gerichtet und nicht als Reaktion gegenüber. Vorwärts! war ihre Parole trotz aller Hemmungen, und gar man hat nun, gleich an der Grenze des Alters lebend, den Schritt getan, der ihm früher verweigert war, und den ihm jetzt die Neuordnung gestattet, nicht mit jugendlichem Enthusiasmus, aber mit erster Festigkeit.

Freiheit — nicht als bloße, sondern als Rechte — Freiheit auch für die Schule und ihre Lehrer, Gerechtigkeit auch diesen Proletariern (Maurerbrecher) ist schon vor 12 Jahren nach, warum sie es sind) — sie sollen und müssen verwirklicht werden. Es geht um Freiheit und Gerechtigkeit! Kollegen, denkt daran! Die Sozialdemokratie tritt nicht mit Verprechungen goldener Berge an die Lehrer heran, die wollen wir gar nicht, aber sie bietet uns die Gewissheit der Freiheit und des Rechts auf die uns zukommende Stellung im freien Volksstaate. Kollegen, denkt daran! 2 Lige - Herrschaft.

Nicht für die demokratische Partei.

Vom Kaufmännischen Verein von 1868 wird uns geschrieben: In der Extraausgabe der Volksmacht 15a vom 19. d. Mts. wird unter der Überschrift „Angestellte in Handel und Industrie“ die Behauptung aufgestellt, daß z. a. auch der Kaufmännische Verein von 1868 die Deutsch-demokratische Partei im Wahlkampf unterstütze und daß auch er jetzt die anderen Verbände bestimme, um nach den Wahlen mit diesen Verbänden einen Parteiverbandsbund zu gründen. Alle diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit.

Der Kaufmännische Verein von 1868 ist laut Satzung parteipolitisch neutral und er hat im Gegensatz zu anderen Verbänden diese Neutralität auch jetzt aufrecht erhalten und sich in keiner Weise unterstützend am Wahlkampf beteiligt. Schon aus diesem Grunde kam eine Unterstützung der demokratischen Partei nicht in Frage. Die kam aber auch weiterhin nicht in Frage, da die Unterstützung des Unterzeichneten zum Annehmen der demokratischen Partei die Freilich auch nicht nachgefragt war) von vornherein abgelehnt wurde, ausschließlich befristete man eine energische Vertretung der Angelegenheiten-Interessen. Die Aufforderung eines Kandidaten an fünfter Stelle reiste ebenfalls nicht zur Unterstützung. Eine Bekämpfung der anderen Verbände kommt für den 1868er Verein ebenfalls nicht in Frage, da für uns der Grundgedanke der Unterstützung der Angelegenheiten-Verbände maßgebend ist. Durch Betonung des Eintretens, nicht des Trennens, am besten wird die Unterstützung der Angelegenheiten am besten wahrgenommen. Der Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund soll nicht erst nach den Wahlen gegründet werden, die Gründung ist bereits vollzogen.

Wahlerversammlung in Gräbchen.

Eine gut besuchte Wählererversammlung fand am Dienstag in Gräbchen statt. Leider war der für den Abend vorgesehene Redner, Genosse Paster Zimmermann, wegen Erkrankung am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach Fräulein Emma. Sie sprach über die Bedeutung der

verschiedenen Parteien dem gleichen Wahlrecht gegenüber eingenommen hatten. Nur die Sozialdemokratie hat stets kräftig für dessen Einführung gearbeitet. Es war auch nicht mehr als gerecht und billig, daß auch den Frauen das Wahlrecht gegeben wurde. Ist doch in den letzten Jahren die Frauarbeit im Reiche um 90, in Preußen allein um 133 Prozent gestiegen. Um eine Verbesserung der Jantzer Herrschaft zu verhindern, müsse am kommenden Sonntag jeder Wähler seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei abgeben.

Genosse Müller erwähnte dann verschiedene Uebelstände, die am Wahlsonntag vorgefallen sind. So war der Haupteingang zum Wahllokal gesperrt und der Zutritt nur durch einen Notausgang möglich. Es ist auch vorgekommen, daß Wähler, die in der Liste standen, abgewiesen wurden, weil ihr Name angeht nicht aufzufinden sei. So sind verschiedene Wähler fortgegangen. Ein Wähler protestierte energisch und beim Nachhaken fand sich auch sein Name in der Liste. Wegen dieser Uebelstände müsse öffentlich protestiert werden, damit sie sich am kommenden Sonntag nicht wiederholen.

Jugend-Theater. Der neue Aufbruch

besten sich das Jugend-Theater in der Reichenstrasse erfreut, ist ein erneuter Beweis, daß Kleinmännliche Kette Kette hierer Mitteilens des Publikum die rechte Würdigung finden. Die internationalen zur Vorbereitung gelangenden Gruppenpreise empfehlen sehr den Besuch dieses kleinen Theaters.

Ein Jagd von polnischen Gefangenen, die wischen und Soldaten, im ganzen eine 60 Mann, wurde gestern abend in der letzten Stunde durch die Stadt geführt. Er lag sie, die bunt aus Herren beliebter Stände, halbwüchsige Kutschen und Helikopter befanden sich daran. Die Gefangenen wurden nach der Oberformade gebracht und verblieben dort, bis der Zentral-Soldatenrat weißtes entlassen hat.

Schlesien und Posen.

Ein alter Erbschaftsfall.

Nach Art der alten, ausgetrockneten Zungen, fingen, die wenn sie beim Diebstahl erwischt und verfolgt wurden, immer riefen: „Halb den Dieb!“, um die Verfolger auf eine andere Spur zu bringen, handelt jetzt das Zentrum. Seine Parteieinflüsse war die dem bar Kruppelstelle. Wir haben wiederholt auf hingewiesen, daß die Kanzel zu Wahlreden Tag für Tag gemißbraucht, daß in Kirchen Wahlversammlungen abgehalten, daß die Ehrenbede zur Agitation benutzt wurde. Die Stimmzettel wurden in der Kirche verstreut und den Kirchenbesuchern bei Ausübung schwerer himmlischer Strafen die Annahme anderer Stimmzettel verboten. Katholische Frauen und Frauen sogar von Bismarck in Romm, legten den katholischen Wählern Listen vor, in denen sich diese unterzeichnet verpflichten mußten, nur Zentrum zu wählen. Am Wahltag leitete jenen die Placate nach dem Gottesdienst in großen Prozessionen zum Wahllokal, und stellten sich an der Tür auf. Aufsteller hin, damit kein anderer Stimmzettel den Weg in den freien Wahllokal findet. Kurz, was diesmal an Wahlbeeinträchtigung durch das Zentrum getrieben wurde, wurde niemals von einer anderen Partei erreicht. Im entzweiten letzten erreicht werden.

Und demnach befreit die Beschlüsse der Volksschule und andere. Die Beschlüsse legt die Freiheit zu behaupten, in Beschlüssen Stadt und Kreis gingen die Sozialdemokraten mit Listen bei den Arbeitern und Arbeiterinnen haufen und verpflichteten die Leute hand schriftlich, sozialdemokratisch zu wählen. Wer nicht sozialdemokratisch wählte, der erhielt weder Krankengeld noch Rente, sollen die sozialdemokratischen Arbeiter broden. In Familien wo der Mann Genosse, Frau, Köcher und Söhne aber noch nichts vom Sozialismus wissen wollen, sollen die Familien angehörigen durch den Mann an der Wahl verhindert werden.

So einen anderen Schwindler wegen der Zentrumsbücher ihren Lesern vorzulegen. So fruchtet das es ja nichts, aber es ist doch verlockend, wie das Zentrum arbeitet, um seine wilden Sabotagemethoden durch den alten Epikurismus zu bedecken. — Jesuiten-Erlaubnis!

Breslau (Land)-Kommunikation.

Esbera. Der Land am Sonnabend in auf besuchter Versammlung Genosse Kalsch Breslau über die Wahlen zur Nationalversammlung. Die dem Vortrag folgende Aussprache bewies das Embarras der Versammelten mit dem Referenten. Mit dem Hinweis auf die am Sonntag, den 26. Januar, stattfindende Wahlen in der preussischen Landesversammlung in Breslau der Redner. Eine Teilversammlung eiges den Freitag von 18. 18. 18.

Freitag, 23. Januar. Alle Genossen und Genossinnen von Marabot und Umgebung werden gebeten, sich an der Stimmzettel- und Flugblattverbreitung zur Freuehewahl teil zu beteiligen. Gleichzeitigkeit der Verband, bei der Verteilung der Wahllokale am Sonntag mit der mitgehenden Genossen, es gilt, auch die letzten Tage anzuwenden für uns zu beenden. Deshalb, auf zur Mitarbeit!

Breslau, 23. Januar. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Vereins. Erörtern aller Genossen und Genossinnen dringend erfordern.

Die Redaktion der Volksmacht ist in der Wilhelmstraße 66, 1. Stockwerk, in Breslau. Die Druckerei ist in der Wilhelmstraße 66, 1. Stockwerk, in Breslau. Die Druckerei ist in der Wilhelmstraße 66, 1. Stockwerk, in Breslau.

